antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 65 **Oktober 2009**

Nach den Wahlen

Das erfreulichste Ergebnis der Bundestags- und Landtagswahlen vom 27. September ist die Tatsache, dass die neofaschistischen Parteien im Verhältnis zu den vorherigen Wahlen beträchtliche Stimmenverluste erlitten haben. In Brandenburg ist die DVU nicht mehr im Landtag vertreten, in Thüringen ist die NPD mit 4,5 Prozent der Stimmen knapp am Einzug ins Parlament gescheitert. In Schleswig-Holstein wurden nur 0,95 Prozent der Stimmen für die NPD abgegeben. Im Landtag von Sachsen allerdings stellt die NPD nach den Wahlen vom 30. August trotz Verlustes von Stimmen weiter eine Fraktion. Dort, in Thüringen und im Bund profitiert sie im Gegensatz zu Schleswig-Holstein auch von der Parteienfinanzierung.

Dass es der NPD in Schleswig-Holstein und im Bund nicht gelang, einen weiteren Durchbruch zu schaffen, ist vor allem ein Erfolg der antifaschistischen Bewegung, der es gelang, die soziale Demagogie der Nazis zu entlarven. Wir denken an Beispiele wie die Demonstration des breiten Bündnisses gegen rechts in Pinneberg, wo mehr als 4.000 Menschen gegen die Provokation des NPD-Kandidaten Thomas Wulff und seiner militanten „Kameradschaften“ auf die Straße gingen.

Nicht zuletzt hat auch die NoNPD-Kampagne der VVN-Bund der Antifaschisten ihren Beitrag geleistet. Sie sorgte und sorgt weiter dafür, dass das Thema NPD-Verbot auf der Tagesordnung bleibt. Und das ist notwendig, denn es gibt keinen Anlass, sorglos zu werden.



Die NPD setzt weiter auf die Wirkung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus und vertraut darauf, dass mit zunehmender Arbeitslosigkeit auch die Herrschenden in Staat und Gesellschaft alles tun werden, um die wahren Ursachen dieser Katastrophe zu verschleiern, so dass wieder einmal Sündenböcke gesucht werden.

Es ist ja auch keineswegs so, dass die NPD etwa erfolglos geblieben ist. 4,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler gaben ihr in Thüringen die Stimmen, obwohl überall im Land die NPD-Plakate „Heimreise statt Einreise“ unübersehbar auf Vergiftung des innenpolitischen Klimas gerichtet waren. Entsetzt waren selbst etablierte Parteien über die Briefe, die ein NPD-Bundesvorstandsmitglied an alle Kandidaten mit ausländisch klingenden Namen verschickte, wo ihnen ein fiktiver „Ausländerrückführungsbeauftragter“ mitteilte, was ihnen unter einer NPD-Herrschaft blüht.

Ähnliches hat einst die Hitlerpartei mit Menschen gemacht, die einen jüdisch klingenden Namen trugen. Damals wurde behauptet, die Juden eroberten schleichend die Macht im Staate, heute spricht die NPD von „schleichender Machtübernahme durch Migranten“.

Erfolge errang die NPD auch bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, wo es ihr gelang, in die Stadträte von Dortmund, Essen und Bochum, darüber hinaus in viele Kreistage einzuziehen.

Die Wahlniederlage der DVU in Brandenburg veranlasst die NPD, einen Alleinvertretungsanspruch für das rechtsradikale Spektrum anzumelden. Die Wahlen hätten gezeigt, dass die anderen rechten Parteien überflüssig seien, so wird argumentiert.

Die NPD rechnet weiter damit, dass sie aus der Verschärfung der sozialen Situation, die von der neuen Koalition von CDU und FDP schon angedeutet wird, Kapital schlagen kann. Das wird sie nicht nur auf der Ebene des Parlaments versuchen, sondern auch auf der Straße, die ihr leider immer noch bereitwillig freigemacht wird.

Zum Glück sind bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein auch Abgeordnete gewählt worden, die sich programmatisch zum Antifaschismus bekennen. Wir hoffen, dass sich dieses Bekenntnis in reale Politik umsetzt. Auch im Bundestag ist das antifaschistische Lager parlamentarisch gestärkt worden.

Notwendig bleibt jedoch die Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung, zu denen auch die antifaschistischen und Friedensbündnisse gehören, die für Druck auf Parlamente und Regierung sorgen können.

Günther Wilke

Putten/Holland – 65 Jahre danach



65 Jahre sind es her, seit in den holländischen Orten Putten und Nijkerk von der Deutschen Wehrmacht und der SS alle 661 männlichen Bewohner verhaftet und deportiert, alle Frauen und Kinder in der Alten Kirche eingesperrt wurden, während Putten in Brand gesteckt und vernichtet wurde. Frauen und Kinder kamen einen Tag später wieder frei. Die Männer kamen zunächst ins KZ Amersfoort und dann ins KZ Neuengamme und dessen Außenlager Ladelund und Wedel in Schleswig-Holstein. Nach der Befreiung kehrten nur 49 zurück. 552 wurden Opfer des NS-Terrors. Sie starben an Unterernährung, Misshandlung, schwerer Sklavenarbeit oder wurden sofort erschossen.

Am 2. Oktober 2009 fand in Putten eine große Gedenkveranstaltung statt, an der auf Einladung der „Stichting Oktober 44“ auch Vertreter der KZ-Gedenkstätte Ladelund und des Arbeitskreises der Stadt Wedel gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit, unter ihnen auch zwei Mitglieder der örtlichen VVN - BdA-Gruppe teilnahmen.

Irmgard Jasker, die mit nach Putten gefahren ist, schildert im Folgenden ihre Eindrücke von der diesjährigen Gedenkfeier: „An diesem 2. Oktober 2009 durften wir an den Gedenkveranstaltungen teilnehmen und ein Blumengesteck der Stadt Wedel niederlegen sowie eines der VVN-Bund der Antifaschisten. Tief berührt waren wir von dem herzlichen Empfang und den unwahrscheinlich beeindruckenden Feierlichkeiten. Nach einer großen Kaffeetafel mit mehreren Hundert Gästen aus Putten, den umliegenden Orten und aus vielen europäischen Ländern fand in der Alten Kirche ein Gedenkgottesdienst mit mehr als Tausend Teilnehmern statt. Danach gingen alle durch den Ort zu der großen Anlage mit dem Denkmal der trauernden Witwe von Putten. Vor der Statue breitet sich eine Anlage aus mit angedeuteten 601 Grabfeldern, die von Buchsbaumhecken umgeben sind. Dort fanden sich mehrere Tausend Menschen ein, die schweigend der Toten gedachten. Eine Musikkapelle spielte Choräle, ein Chor sang. Sonst war es so leise, dass man die Vögel zwitschern hörte. Viele Delegationen aus den Niederlanden und von deutschen Orten, in denen Männer Puttens den Tod fanden, legten Kränze und Gestecke nieder. Unter den Teilnehmern befanden sich auch Delegationen aus Lidice/Tschechien, Oradour/Frankreich, Marzabotto/Italien, Televag/Norwegen und Bonde Vinkt/Belgien, wo Wehrmacht und SS ebenfalls grausam „Vergeltung“ vollzogen hatten.

Wie sehr die Erinnerung an die NS-Verbrechen bei den Menschen in Putten gegenwärtig ist, zeigte die Tatsache, dass an der Gedenkveranstaltung auch einige Hundert Kinder teilnahmen, die in einem endlos erscheinenden Zug jeweils eine weiße Rose vor dem Denkmal niederlegten. Das „normale Leben“ in Putten kam für mehr als eine Stunde zum Erliegen.

Nach der Veranstaltung wurde zu einem Abendessen eingeladen, an dem wieder mehrere Hundert Gäste teilnahmen. Die Wedeler Gruppe wurde in einen „Nebenraum“ geleitet, in dem noch mehr als 150 Menschen saßen. Im Anschluss an das Essen hielten Vertreter einzelner Delegationen Ansprachen, u.a. die Bürgermeister aus Ladelund und Wyk auf Föhr. Besonders beeindruckend war die Rede einer Überlebenden aus Lidice, die ihre Rede auf Deutsch hielt. Sehr emotional auch die Ansprache des Bürgermeisters von Oradour.

Unsere Wedeler Gruppe war tief berührt von den mehr als sechs Stunden dauernden Veranstaltungen, von den deutlich friedensgeprägten Reden, von der großen Teilnehmerzahl und ganz besonders von der Versöhnungsbereitschaft und Herzlichkeit der holländischen Gastgeber.

Ein Anrecht auf Versöhnung haben wir als Menschen aus dem Tätervolk nicht, aber die Freude über die guten Kontakte mit Menschen aus Putten und über den Austausch von Gedanken und neuen Erkenntnissen über die Geschichte, brachten die Wedeler aus Putten mit nach Hause.

Für die vier Wedeler endete der Hollandbesuch auch nicht am 2. Oktober. Sie wurden am folgenden Tag noch von einem Ehepaar aus Burschoten/Spakenburg empfangen. Die Gastgeberin ist die Tochter eines Mannes, der am 1. Oktober nur zufällig bei einem Freund in Putten zu Gast war, mit den Puttener Männern verschleppt wurde und in Wedel verstarb.

Nach intensiven Gesprächen mit den holländischen Freunden wurden wir We-deler zu einem Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers A-mersvoort be-gleitet.

Dort konnten wir während einer Führung in deutscher Sprache noch mehr über das Schicksal der Opfer erfahren.

Es steht schon fest, dass im kommenden Jahr aus Putten wieder Gäste nach Wedel kommen werden und dass diese Kontakte weitergehen. In Wedel geht die Spurensuche weiter.“

Letzte Meldung
Kriegswaffen für die Rechten ?

Bei Redaktionsschluss erreichte uns die alarmierende Meldung, dass bei Razzien in Flensburg und Umgebung ein großes Waffenlager mit Kriegswaffen ausgehoben wurde, darunter Pistolen, Revolver, Pumpguns, Messer, 2000 Schuss Munition unterschiedlichen Kalibers. Parallel gab es Durchsuchungsaktionen in Mecklenburg/Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Die Ermittlungen richten sich nach Angaben der Polizei gegen „Anhänger des rechten Spektrums“.

Halbzeit bei unserer NoNPD-Kampagne oder:

Es gibt nichts Gutes, es sei denn, man tut es!

Wenn die neue Ausgabe unserer AR herauskommt, ist – um in der Fußballersprache zu bleiben – die erste Halbzeit unserer Kampagne mit dem Ziel des NPD-Verbotes vorüber. Ein vorläufiges Fazit macht klar: Ein Verbot der neofaschistischen Partei ist überfällig!

Die NPD ist mittlerweile nach der Auflösung des Deutschlandpakts mit der DVU führende Kraft im neonazistischen Spektrum.

Trotz Schwächung konnte die NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte ihren Wahlerfolg wiederholen und erneut in Fraktionsstärke in den Landtag einziehen.

Im südbadischen Lörrach plante ein Funktionär der NPD-Jugendorganisation JN einen terroristischen Bombenanschlag auf Gewerkschaften und Antifaschisten! Nur wegen der Aufmerksamkeit einer rührigen Antifa-Gruppe konnte der Anschlag verhindert und der Bombenbauer festgenommen werden. Die von der CDU so hochgeschätzten und von der Landesregierung hoch bezahlten V-Leute in der NPD hatten davon nichts mitbekommen!

Umso wichtiger ist es für uns, unsere Kampagne zum Verbot der NPD fortzuführen!

Und wir sind auf einem guten Wege:

- Das vom Bundesbüro in Berlin herausgegebene Material (Zeitung, Flyer, Aufkleber, Postkarten) ist so erfolgreich, dass es schon nachgedruckt werden musste.
- Unsere Internet-Kampagne „5000 Stellungnahmen für ein NPD-Verbot“ ist ein Renner:
- Zur Halbzeit hat die VVN-BdA bereits fast 4000 Stellungnahmen aus ganz Deutschland erhalten. Viele Menschen aller Altersgruppen zeigten dabei Kreativität und Einfallsreichtum.

Die VVN-BdA unseres Bundeslandes hat bereits Hunderte von Unterschriften mit der Forderung an Ministerpräsident Carstensen gesammelt, die Hindernisse für ein Verbot der NPD zu beseitigen und ein Parteiverbot im Bundesrat in Gang zu setzen.

Bei den Infoständen unserer Landesorganisation haben wir viele positive Reaktionen erhalten.

Es geht also! Nun sollten wir entschlossen weiter machen! Für uns heißt das vor allem: Die Diskussion mit den Menschen zu suchen, unser Material zu verteilen und von den Bürgerinnen und Bürgern in den Städten und Gemeinden unseres Landes ihre Unterschrift zu erbitten. Und an die Leserinnen und Leser unserer Antifaschistischen Rundschau richten wir die Frage: Und Ihre Stellungnahme zum NPD-Verbot?

Unsere NPD-Verbotskampagne benötigt die Mitarbeit möglichst aller unserer LeserInnen:

Und so einfach geht es:

Im Internet die Homepage www.npd-verbot-jetzt.de aufrufen und anschließend den Link (Stellungnahme) „Abgeben“ anklicken. Es öffnet sich eine Landkarte, in der Sie auf Ihre Stadt/Landkreis klicken. Anschließend erscheint ein Formular wie jenes, das Sie als Beilage zur AR vorfinden. Dort geben Sie wegen der örtlichen Zuordnung das KFZ-Kennzeichen Ihres Kreises/Ihrer Stadt ein, z.B. KI für Kiel. Anschließend geben Sie Ihren Namen oder ersatzweise die Initialen (Anfangsbuchstaben) Ihres Namens ein. Alle anderen Angaben sind freiwillig. Zum Schluss tragen Sie in das entsprechende Feld Ihr(e) Argument(e) für ein NPD-Verbot ein. Zum Schluss auf „Absenden“ klicken und schon landet Ihre Stellungnahme bei unserem Webmaster, der diese dann ins Netz stellt.

Falls Sie kein Internet-Nutzer sind, füllen Sie einfach das beiliegende Formular aus und senden es an das VVN-Landesbüro, Lindenstr.9, 24118 Kiel.

Hartmut Büchsel

Rote Karte für braune Sprücheklopfer!

Viel Anlass zu feiern haben die nordfriesischen Neonazis gegenwärtig wahrhaftig nicht! Nicht nur bereiteten ihnen die schleswig-holsteinischen Wählerinnen und Wähler eine deftige Niederlage bei den Landtagswahlen: Der prozentuale Zweitstimmenanteil im Land halbierte sich praktisch. Darüber hinaus erhielt der nordfriesische Kreisvorsitzende Kevin Stein bei den Bundestagswahlen im Wahlkreis 1 mit 0,8 % der Erststimmen den niedrigsten Stimmenanteil aller NPD-Direktkandidaten im Lande.

Bereits 4 Tage vorher zeigte die Stadtvertretung Kappeln den nordfriesischen Neonazis, was sie von ihnen hält! In einer Resolution, die an den Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg gerichtet ist, fordert die Kappeler Stadtvertretung ohne Wenn und Aber: Der Kreis soll keine Genehmigung mehr für Auftritte der neonazistischen NPD in Kappeln geben. Sollte dieses nicht zu vermeiden sein, wird der Landrat aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die menschenverachtende, rassistische, antisemitische und gegen die Demokratie gerichtete Propaganda der Nazis eingezogen und die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Verantwortlich für diese Resolution ist der Kappeler „Runde Tisch gegen Nazis“! Die Resolution wurde von allen in der Stadtvertretung vertretenen Parteien unterstützt und in der Sitzung vom 25. September 2009 einstimmig angenommen.

Wir meinen: Dieses Beispiel sollte Schule machen!

PS: Die Kappeler Bürgerinnen und Bürger demonstrierten ihre Ablehnung der Nazis auch mit dem Stimmzettel: Bei den Bundestagswahlen erhielt die NPD in der Stadt Kappeln nur 0,5 % der Zweitstimmen; bei der Landtagswahl waren es sogar nur 0,4 %. Damit blieb Kappeln deutlich unter dem Landes- und unter dem Kreisschnitt! So kann es weitergehen.

Die Kappeler werden auch in Zukunft wachsam sein und dafür sorgen, dass für Nazis kein Platz in der Stadt ist.

Der Antikriegstag 2009 in Schleswig Holstein

Der diesjährige Antikriegstag war ein besonderer Tag. Vor 70 Jahren begann der zweite Weltkrieg, den die Generäle bereits direkt nach dem ersten Weltkrieg geplant und vorbereitet hatten. Der zweite „Griff nach der Weltmacht“ scheiterte genauso wie der erste. Um diesen Tag entsprechend zu würdigen haben Kameradinnen und Kameraden der VVN-BdA Veranstaltungen in Schleswig Holstein durchgeführt oder waren aktiv beteiligt in Kappeln, Kiel, Elmshorn, Lübeck, Neumünster und Flensburg.

Der Friedensmarsch „zum Gedenken an Hiroshima, 1945 bis 2010 für



Kappeln

eine Welt ohne Atomwaffen“, der von Sylt startete, brachte die Fahne über Flensburg nach Kappeln, wo sie am 29. August von Kappelner Friedensfreunden übernommen wurde. Dittmer und Hartmut begleiteten die Friedensfahne dann per Fahrrad nach Eckernförde und übergaben sie den Kieler Friedensfreunden Gundel und Benno, die sie schließlich nach Kiel überführten.

Dort wehte sie am 1. September auf einer Friedenskundgebung am Asmus-Bremer-Platz.

In Neumünster wurde sie dann an Schura Bringmann überreicht und mit Heiner Wadle zu der Veranstaltung „Seemacht Deutschland“ des

Neumünster

ZAA gebracht. Sie wird 2010 auf der Zugspitze übergeben, um dann nach Hiroshima und Nagasaki gebracht zu werden.

In Elmshorn fand die gemeinsame Veranstaltung DGB,Ver.di, IG Metall, GEW und Friedensnetzwerk Pinneberg „Wirtschaftskrise und weitere Militarisierung“ mit unseren Kameraden Helmuth Welk und Wittigo Stubbe im Podium statt.

Die Kreisvereinigung Lübeck/Lauenburg beging den Tag mit der Politfolkgruppe ROTDORN aus Hamburg und einem Referat von Bernd. Vorher gab es einen Infostand in Lübeck mit reger Anteilnahme der Bevölkerung – auch wurden Unterschriften für ein NPD Verbot gesammelt.



Kiel

Thema bei allen Aktionen war natürlich nicht nur das Gedenken an diesen Schicksalstag sondern von der Politik wurde eine aktive Friedenspolitik eingefordert. Mit Krieg werden keine Problem gelöst, im Gegenteil, sie verschärfen sich. Truppen raus aus Afghanistan war die Hauptforderung dieser Tage. Nach 8 Jahren Krieg eskaliert die Situation dort immer mehr und droht zu einem Fiasko für die Soldaten und die afghanische Bevölkerung zu werden.

Die Kampagne der Friedensbewegung „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghani-



Elmshorn

stan“ fand dadurch ihre Unterstützung.

Die Aktivitäten haben gezeigt, dass auch in Schleswig-Holstein für den Frieden gestrittten wird und es ist erfreulich, dass die VVN-BdA ihren Beitrag dazu liefert.

Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus! Deutschlands Verantwortung heißt Frieden!

Lore und Bernd Meimberg
Bildbearbeitung Lore



Lübeck

In Ehrfurcht und Gedenken

Zum Antikriegstag am 1. September 2009 organisierte der DGB Region Nord wieder Kranzniederlegungen am Mahnmal „Harrislee Bahnhof“ und in den KZ-Gedenkstätten Ladelund und Husum/Schwesing, an denen sich auch die VVN-BdA beteiligte. Erstmalig wurde das Ehrenmal der politisch Verfolgten auf dem Friedhof Friedenshügel in Flensburg in die Gedenkveranstaltungen mit einbezogen. Dort begrüßte der Kreisvorsitzende der VVN-BdA Ludwig Hecker die Anwesenden und erläuterte Geschichte und Bedeutung der Grabanlage:



„Vor 70 Jahren begann mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 der zweite Weltkrieg. Der Überfall musste noch als Notwehr, als zurückschießen bemäntelt werden. Bevor aber die Panzer rollten, hatten sich die Nazis die Unterstützung des deutschen Großkapitals gesichert, den Terror gegen die Arbeiterbewegung und die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung organisiert und die Wehrmacht hochgerüstet. Vorangegangen war die Beteiligung an der Zerschlagung der Republik in Spanien und die Annektierung Österreichs.

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurde der Krieg zum größten Verbrechen der Weltgeschichte, mit ca. 60 Millionen Toten, der für Europa in den Tagen im Mai 1945 hier an der Flensburger Förde zu Ende ging – und auch hier auf diesem Friedhof.

Auf dem Friedenshügel befinden sich vier unterschiedliche Gräberfelder mit Opfern des Faschismus: das Gräberfeld der Verfolgten vom Naziregime, das Gräberfeld mit 194 Polen (Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bzw „displaced persons“, Säuglinge, Kinder und Jugendliche), die Grabstätte mit 55 Zwangsarbeitern aus der Sowjetunion und die Grabanlage der 108 sowjetischen Kriegsgefangenen.

Hier in diesem Gräberfeld der Verfolgten vom Naziregime waren ehemals 64 KZ-Opfer bestattet. Nur von 7 Toten sind die Namen bekannt, für die anderen Toten findet sich in der Gräberliste die Eintragung „unbekannt“ oder die Häftlingsnummer.

Einzelne KZ-Opfer sind erst in den Jahren nach der Befreiung aus anderen Abteilungen hierher umgebettet worden, die sterblichen Überreste von mehreren wurden in ihre Heimatländer überführt. 26 der ehemaligen KZ-Häftlinge starben bei einem Tieffliegerangriff auf den Dampfer „Olga Siemers“. Die Leichen von 20 weiteren Häftlingen wurden am Seegrenzschlachthof dem Beerdigungsunternehmer übergeben. 26 Häftlinge fand man am 26. Mai 1945 an der Flensburger Förde unterhalb der Marineschule Mürwik tot auf. Sie waren am 4. Mai 1945 von dem mit KZ-Häftlingen vollgepferchten Lastkahn „Ruth“ über Bord geworfen und in zwei ausgehobenen Erdlöchern wie Tiere verscharrt worden.

Die KZ-Häftlinge waren im April 1945 vor den heranrückenden alliierten Truppen aus verschiedenen KZ’s und Außenkommandos „evakuiert“ worden. Sie stammten aus dem KZ Neuengamme bzw. seinen Außenkommandos in Wilhelmshaven und Bremen, von der 5.-SS-Bau-Brigade aus Nordenham und aus dem KZ Stutthof bei Danzig. Außerdem wurden französische Kriegsgefangene aus dem Kriegsgefangenen-Stammlager Sandbostel nach Flensburg „evakuiert“.

Auf diesen Todesmärschen und Todestransporten starben viele der KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen an den Strapazen oder Krankheiten. Die, die nicht mehr weiter konnten, wurden von ihren Bewachern einfach am Wegesrand erschossen.

Am 4. Juni 1950 wurde hier von der VVN unter großer Anteilnahme der Flensburger Bevölkerung das Ehrenmal der politisch Verfolgten eingeweiht. Das Denkmal verkörperte eine Frauengestalt mit der Inschrift „1933-1945“. Es bestand aus gebranntem Thonkalk und war nicht witterungsbeständig. An gleicher Stelle steht heute ein in den 60’er Jahren ebenfalls von der VVN errichteter Gedenkstein mit der Inschrift „Den namenlosen Opfern in Ehrfurcht und Gedenken 1933-1945“. Nur das Fundament des alten Ehrenmals ist noch erhalten geblieben.

Wenn wir heute hier an dieser Stätte stehen – in Ehrfurcht und Gedenken – dann denken wir auch daran, dass die Ursachen für Faschismus und Krieg nicht beseitigt sind und uns der Schwur der Häftlinge von Buchenwald weiterhin verpflichtet für eine Welt des Friedens und der Freiheit – für ein Leben ohne Faschismus und Krieg – zu kämpfen.“

Rechtsextremismus und christlicher Glaube unvereinbar

Die gemeinsame Kirchenleitung der evangelischen Kirchen im Norden hat dazu aufgerufen, klar Position gegen rechtsextreme Anschauungen zu beziehen. Sie erklärte in ihrer Sitzung in Lübeck am 21. September: „Wir sehen uns als Kirchen in der Verantwortung, unmissverständlich auf die Gefahren hinzuweisen, die von rechtsextremen Überzeugungen für die Würde einzelner Menschen und das Zusammenleben in der Gesellschaft ausgehen….“ Mit Besorgnis nehme man wahr, dass Neonazis immer offener ihre Ideologie verbreiten, die eine prinzipielle Unwertigkeit von Menschen behauptet. „Wir appellieren daher an die politisch Verantwortlichen, diese gesellschaftlichen Probleme ernst zu nehmen. Als Kirche werden wir nicht aufhören, Veränderungen anzumahnen,“ so die Gemeinsame Kirchenleitung.

Nordelbische Ev.-Luth. Kirche, Pommersche Ev. Kirche, Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburg

Friedensstafette von Sylt bis zur Zugspitze –Aktion für eine atomwaffenfreie Welt

Vom Leuchtturm am Sylter „Ellenbogen“ bis zur Zugspitze startete die Friedensbewegung am 6. August 2009, dem Jahrestag des Abwurfs einer Atombombe der USA auf die japanische Stadt Hiroshima, eine Friedensstafette quer durch Deutschland. Zusammen mit einer Friedensfahne in deutscher und japanischer Sprache sollen Tausende Unterschriften für eine Welt ohne Kernwaffen am 2. Mai 2010 nach New York gebracht werden, wo eine internationale Konferenz zur Aktualisierung des Atomwaffensperrvertrages stattfinden soll. In New York wurden Friedensfahne und Unterschriften von japanischen Jugendlichen in Empfang genommen. Am 6. August 2010 ist Hiroshima das letzte Ziel der Stafette.



Bereitwillig unterzeichneten viele Wedeler am Stand der Friedenswerkstatt den Appell zu Verbot und Abschaffung aller Atomwaffen.

Nachdem am 1. September, dem Antikriegstag im Hiroshima-Park, Kiels Stadtpräsidentin Cathy Kietzer die Stafette begrüßte, ging es weiter über Neumünster in den Kreis Pinneberg. Vor dem Rathaus in Schenefeld wurden die Friedensaktivisten von Bürgermeisterin Christiane Küchenhof (SPD) willkommen geheißen. Christiane Küchenhof gehört seit dem Jahre 2008 der internationalen Initiative „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) an, der sich zuvor schon Elmshorns Bürgermeisterin Dr. Brigitte Frontzek angeschlossen hatte. Mittlerweile hat sich dieser Kreis engagierter Bürgermeisterinnen für den Frieden durch die Amtsinhaberinnen von Pinneberg, Halstenbek und Uetersen vergrößert. In vier Städten und Gemeinden des Kreises Pinneberg wurde die Unterzeichnung des Bürgermeister-Appells zusammen mit dem Friedensnetzwerk öffentlich vollzogen. Die Zeremonie in Uetersen steht noch aus.

Die Friedensstafette gelangte von Schenefeld über Wedel bei Redaktionsschluss nach Hamburg.

In Wedel nutzte die Friedenswerkstatt die Ankunft der Stafette zu einer Unterschriftensammlung unter den Appell für eine von Kernwaffen befreite Welt und zu einer öffentlichen Aufforderung an den parteilosen Bürgermeister der Rolandstadt, dem Vorbild der fünf Bürgermeisterkolleginnen des Kreises Pinneberg zu folgen. Die Friedenswerkstatt Wedel berichtete von einem großen Erfolg der Unterschriftenaktion. Selten sei die Bereitschaft der Wedeler Bevölkerung so groß gewesen, mit ihrer Unterschrift zum guten Gelingen einer Aktion beizutragen, hieß es.

Elmshorn Neonazis lauerten Antifaschisten auf

In Elmshorn ist es nach einer gemeinsamen Info-Veranstaltung von VVN-BdA und der Antifaschistischen Initiative Elmshorn zu einem Überfall von Neonazis auf Versammlungsteilnehmer gekommen. Im Industriemuseum hatte Andrea Röpke, Journalistin und Publizistin aus Bremen, über Neonazis in Nadelstreifen gesprochen. Die Referentin, die sich durch ihre Insider-Reportagen über die Neonazi-Szene einen Namen gemacht hat, hatte auf der Veranstaltung eine Diskussion darüber ausgelöst, wie den Nazis Einhalt geboten werden kann. Nazis waren in der Veranstaltungsankündigung ausdrücklich von der Teilnahme ausgeschlossen worden. So griffen sie zu dem ihnen vertrauten Mittel, der Ausübung von Gewalt. Dabei wurde ein junger Antifaschist nicht unerheblich verletzt. Zeugen haben gehört, dass Nazis gerufen haben „Scheiß Israelis, dein Auto brennt bald“ und „Komm sofort her, du Scheiß- Antifa“. Polizeibeamte sollen den Vorfall mit der Bemerkung kommentiert haben: „Damit müssen Sie wohl rechnen, wenn Sie so eine Veranstaltung besuchen.“ Es soll sogar die Aufnahme einer Strafanzeige verweigert worden sein. Klaus-Dieter Brügmann, Bundestagskandidat der Partei Die Linke im Kreis Pinneberg, verurteilte solche Äußerungen, weil sie Täter und Opfer auf eine Stufe stellen. „Es ist die Aufgabe der Polizei, die demokratischen Rechte zu schützen. Dazu gehört auch die Verfolgung neonazistischer Gewalttaten.“

Antifaschistische Initiative und VVN-Bund der Antifaschisten verurteilten in einer gemeinsamen Stellungnahme die Angriffe der Neonazis, kritisierten aber auch das Verhalten der Polizei als nicht tolerierbar. Sie forderten eine sofortige Aufklärung des Vorfalls am 10. September. Schon vorher war es anlässlich des Hafenfestes in Elmshorn zu Übergriffen von Neonazis auf Festteilnehmer gekommen.

Gedenkfeier und Straße für einen Widerstandskämpfer aus Kiel

Zwischen den Todesanzeigen in den „Kieler Nachrichten“ weckte eine Gedenkanzeige für den Widerstandskämpfer Harro Schulze-Boysen meine Aufmerksamkeit.

Anlässlich der bevorstehenden 100. Wiederkehr seines Geburtstages wollte seine Familie ihn am Sonntag, den 30. August 2009, ehren. „Jedermann“ war zu einer Gedenkveranstaltung in das Haus von Jan G. Tönnies, den Vetter 2. Grades, in den Kieler Niemannsweg eingeladen. Harro Schulze-Boysen war führendes Mitglied der von den Nationalsozialisten als „Rote Kapelle“ bezeichneten Berliner Widerstandsgruppe. Am 2. Dezember 1942 wurde der gebürtige Kieler im Alter von 33 Jahren in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Mehr als 80 Gäste kamen zu der Gedenkfeier, unter ihnen auch unser Berliner VVN-Kamerad Hans Coppi, der mehrere biografische Veröffentlichungen über Harro Schulze-Boysen und zur „Roten Kapelle“ herausgegeben hat. Ausführlich berichtete er über das Leben und Wirken Harro Schulze-Boysen, dessen Frau Libertas und den Mitgliedern der „Roten Kapelle“, die ihr Engagement mit dem Leben bezahlten. Dass auch seine Eltern Hans und Hilde Coppi als Mitglieder der „Roten Kapelle“ hingerichtet wurden und er deshalb 1942 in einem Berliner Frauengefängnis geboren wurde, erfährt man von Hans Coppi fast am Rande.

Die Stadt Kiel hat sich immer schwer getan mit dem Andenken an Harro Schulze-Boysen. So wurde erst vor 10 Jahren eine Gedenktafel nur

durch die Initiative von Bruder Hartmut und dem Großneffen Jan am Geburtshaus in der Feldstraße 68 vom Kulturdezernent enthüllt. Dass die Kosten der Tafel von der Familie getragen wurden, erfahre ich in einem Gespräch mit Jan G. Tönnies.

Um so mehr überraschen da die Worte des Kieler Bürgermeisters Todeskino: „In einer Stadt, in der es einen Platz für die Hindenburgs dieser Welt gibt, soll auch Harro Schulze-Boysen einen Platz bekommen."

Der inzwischen 87-jährige Bruder Hartmut Schulze-Boysen, der aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Feier teilnahm, wurde sogleich angerufen, um ihm diese Neuigkeit zu verkünden. Viele Reden wurden noch gehalten und bei kleinen Häppchen und einem Gläschen Wein klang die Feier aus. *Kiel - September 2009 - Christel Pieper*

Fraktionen im Kieler Rat grenzen sich von NPD ab

Ein Antrag der Dänen-Ampel hat im Rat einen Schlagabtausch über die NPD ausgelöst. SPD, Linke, SSW, Grüne, FDP und CDU waren sich einig, dass die NPD keine demokratische Partei sei. Nach dem Willen der Ratsmehrheit soll die Landeshauptstadt der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus – einer Initiative der UNESCO – beitreten. Der Mitgliedsbeitrag kostet 1.000 Euro.

Michael Wagner (SPD) begründete den Antrag mit Hinweis auf zunehmende rechte Gewalt und betonte, dass Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz in dieser Stadt keinen Platz haben dürften. Mit dem Aktionsplan gehe die Stadt eine Selbstverpflichtung ein. Er erinnerte an Nazi-Verbrechen in Kiel und bezeichnete die NPD als „geistige Nachfolgeorganisation" der NSDAP.

Klare Worte kamen auch aus den Reihen der Linken, der Grünen sowie der FDP. Hermann Gutsche, einziger Vertreter der NPD im Rat, sprach von Unterstellungen: er sei kein Faschist, die NPD sei die einzig wahre demokratische Partei. Die NPD verhielte sich „größtenteils konform", das Gewaltpotenzial von links sei schlimmer als das von rechts. CDU-Fraktionsvize Stefan Kruber erklärte, dass Gutsche seit der Kommunalwahl 2008 im Rat sitze, sei das Ergebnis der damaligen Wahl. Seine Schlussfolgerung: Wir müssen den Kampf um die Köpfe gewinnen!

Quelle: KN 19.09.2009

„Jetzt schlägt´s 13 – Club 88 schließen!"

Unter diesem Motto demonstrierten am 26. September 500 – 600 Menschen in Neumünster gegen Nazi-Aktivitäten und forderten die Schließung des Clubs 88 im Stadtteil Gadeland. Aufgerufen hatte das „Bündnis gegen Rechts", ein Zusammenschluss aus 35 Organisationen. „Die Neumünsteraner Nazi-Szene hat mit dem Club 88 seit 13 Jahren einen Treffpunkt, in dem sich ihre Anhänger ungestört und trotzdem „offiziell", also nicht heimlich oder privat, sondern völlig offen treffen und zum Nationalsozialismus bekennen können", heißt es im Aufruf zur Demonstration. „Der Club steht seit 13 Jahren völlig ungestört gegenüber einer Schule mitten in einem Wohngebiet, als wäre dies das Normalste der Welt und als hätte es die in der Nazizeit verübten Verbrechen nie gegeben."

Auf der Zwischenkundgebung in Höhe der Zentralen Unterkunft für Asylbewerber kritisierte eine Sprecherin des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein die Unterbringungsbedingungen und forderte eine liberalere Flüchtlingspolitik. „Die von Neonazis begangenen Gewalttaten der vergangenen Monate zeigen die Notwendigkeit, gegen den Nazitreffpunkt zu demonstrieren", betonte Almut Auerbach, Verdi-Bezirksgeschäftsführerin Südholstein. Sie bedauerte, dass Neumünsters neuer Oberbürgermeister Olaf Tauras nicht an der Demonstration teilnahm. „Er hat im Wahlkampf gesagt, dass er sich für die Schließung des Nazitreffpunktes einsetzen wird. Ich hoffe, dass er dies auch umsetzt."

Albersdorf holt die Vergangenheit ein – Ratsversammlung entzog Hitler die Ehrenbürgerschaft

Die Ratsversammlung von Albersdorf in Dithmarschen wollte sich im September 2009 einem Teil der NS-Vergangenheit entledigen. Den Anlass dazu gab eine in Frankfurt am Main lebende gebürtige Polin, die Freunden im Luftkurort die Frage stellte, was denn aus der Ehrenbürgerschaft Hitlers geworden sei, die dem „Führer" bereits im Jahre 1933 auf Beschluss des Gemeinderats verliehen wurde. So kam der Stein ins Rollen, der Albersdorf wieder einmal im Zusammenhang mit der Nazizeit in die Schlagzeilen brachte. Dabei war die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft innerhalb von 30 Sekunden erledigt, kaum dass die Kameraleute des Fernsehens ihre Scheinwerfer auf Bürgermeister Mucke gerichtet hatten.

Aber das dicke Ende kam noch. Auf dem Wege nach draußen entdeckten Dithmarscher Antifaschisten auf dem Flur die Galerie der ehemaligen Bürgermeister und stießen auf den Namen Ferdinand Diekmann. Er war damals als Bürgermeister von Albersdorf für die Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger mit verantwortlich gewesen. Darf ein Mann wie Diekmann, der während des Krieges zum Bürgermeister von Meldorf und Kreisleiter der NSDAP aufgestiegen war, neben anderen verdienstvollen Männern solchermaßen geehrt werden, fragten sie sich. In der Tat war Ferdinand Diekmann nicht irgendein Nazi. Sebastian Lehmann berichtet in seinem Buch „Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein" über Diekmanns Karriere vom Mitglied der Deutsch-Nationalen Volkspartei zum hohen Funktionär der NSDAP: „Dabei ist es kein Zufall, dass Diekmann in Albersdorf/Kreis Süderdithmarschen lebte, einem der ältesten und stärksten Zentren der NSDAP und dort als besonderer Agitator bekannt war. Jeder in Albersdorf kennt auch sein Ende am 11. Mai 1945. An jenem Tag , so Lehmann in seinem Buch, „entschloss sich eine Gruppe aus ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern den NSDAP-Bürgermeister zur Aufgabe seines Amtes zu bewegen. Beim Betreten des Rathauses reagierte Diekmann auf die beruhigenden Worte „Ferdinand, wi much mol mit di snacken.", indem er einen der Emissäre mit einer Pistole erschoss. Bei dem nachfolgenden Schusswechsel wurde auch Diekmann getötet."

Beim Aberkennungsakt in der Ratsversammlung von Albersdorf am 22. September 2009 vermied es Bürgermeister Mucke, den Namen Ferdinand Diekmann zu nennen, so berichten Zuhörer. „Das Regime" habe Hitler die Ehrenbürgerschaft verliehen. Aber es zeigte sich wieder einmal, wer die Nazivergangenheit nicht klar und eindeutig bewältigt, den holt sie unerbittlich ein.

Wi.

„Siegeszug in der Nordmark“

Schleswig-Holstein arbeitet seine „braune Ära“ auf

Die Zeitgeschichtsforschung lag in Schleswig-Holstein lange brach. Auch die Landeshistoriker der Kieler Universität zeichneten sich über Jahrzehnte hinweg weitgehend durch Desinteresse an der Aufarbeitung der Geschichte des Landes zwischen 1933 und 1945 aus – in einer Region, in der der Nationalsozialismus überaus schnell erfolgreich gewesen war. Erst ein 1983 gegründeter Arbeitskreis unabhängiger Forscher und Autoren hat die bis dahin versäumte politische und historische Auseinandersetzung mit der „braunen Ära“ in Schleswig-Holstein und ihre Dokumentation entscheidend angestoßen und vorangebracht. In den 25 Jahren seines Bestehens hat der „Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“ (kurz Akens genannt) Publikationen herausgegeben, die ein respektables Volumen von insgesamt über 2500 Seiten umfassen. Die umgangreichste Veröffentlichung wurde mit dem 394 Seiten starken Sammelband „Siegeszug in der Nordmark“ jetzt vorgelegt (EUR 15). Damit hat der Akens zugleich den Versuch einer Art Zwischenbilanz seiner bisherigen Tätigkeit unternommen.

Ihren Siegeszug in der Nordmark, dem „Kernland nordischer Rasse“, trat die Hitlerpartei am 1. März 1925 an, als in Neumünster der NSDAP-Gau Schleswig-Holstein gegründet wurde. Wie ein Flächenbrand breitete sich die NS-Bewegung aus und trug ihre vom Rassenwahn geprägte Ideologie in die Städte und Dörfer. Neben Frühgeschichte und Etablierung werden in diesem gehaltvollen Band auch der Aufstieg der NSDAP bei den Wahlen, ihr Verhältnis zur Landvolkbewegung und das Wirken der NS-Parteipresse im Lande thematisiert. Dass die Nazis ihren verquasten Parolen auch Taten folgen ließen, verdeutlichen Aufsätze über das KZ Glückstadt, den antijüdischen Boykott vom 1. April 1933, „Euthanasie“-Aktionen sowie die Verfolgung politisch Andersdenkender und sozialer Außenseiter. Im Themenabschnitt „Zusammenbruch und Nachwirkungen“ präsentieren die Herausgeber Beiträge über die Eroberung Kiels durch britische Truppen, die „antifaschistische Selbstbefreiung Elmshorns“ im Mai 1945, den Zwangsaufenthalt der „Exodus“-Passagiere in Lübeck 1947 und über Hitlers „Steigbügelhalter Hindenburg“ als Namenspatron für Straßen und Plätze im heutigen Schleswig-Holstein.

Wie schwer sich Politik und Gesellschaft im Umgang mit der jüngeren Geschichte lange Zeit taten, wird am Beispiel des Gedenkortes „Arbeitserziehungslager Nordmark“, einem KZ-ähnlichen Lager am Russee in Kiel, dokumentiert. *Bernd Philipsen*

Bestellungen: e-mail: post@akens.org oder Kay Dohnke,Wachtelstr. 11, 22305 Hamburg

Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- ▼ Wedel: Maria Rave, Dorfstr. 9a, 25495 Kummerfeld
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
Neofakommission Küste:
www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-211658, gnn-koeln@netcologne.de

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- ☐ Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- ☐ Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von .... Euro*.
- ☐ Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- ☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name: ....

Adresse: ....

....

....

....

VVN-BdA

Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04642-4736, Fax: M. Wilke, 04103-180200, E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G. BLZ 216 617 19, KNR 4332970